

Widerstand zeigt Wirkung

HNA-Interview: Dr. Edgar Franke zur geplanten Gleichstromtrasse Südlink

Thema

Die Gleichstromtrasse Südlink bringt die Menschen auf die Barrikaden. Nach dem Willen von Ministerpräsident Seehofer sollte die Trasse an Bayern vorbei führen. Damit goss er kürzlich zusätzlich Öl ins Feuer. Wir sprachen mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Edgar Franke (Gudensberg) über das umstrittene Projekt.



Kein Scherz: Selbst beim Rosenmontagsumzug in Fritzlar wurde der Widerstand gegen die Gleichstromtrasse Tennet aufgegriffen.

Foto: Brandau/Archiv

VON HEINZ ROHDE

Glauben Sie, dass die Trasse überhaupt realisiert wird, bei dem Störfeld, das zurzeit auch noch aus Bayern kommt?

DR. EDGAR FRANKE: Man sieht jedenfalls, dass es Bayerns Ministerpräsident Seehofer nicht darum geht, die Energiewende zu befördern. Er möchte sie eher verhindern und dafür sorgen, dass die bayerischen Atom- und Gaskraftwerke länger laufen können.

Wie ist Ihre Position zur Stromtrasse?

FRANKE: Zunächst einmal: Die Bürgerinitiativen haben in den vergangenen Monaten viel Substantielles zusammengetragen, was auch mir viele Denkanstöße gegeben hat.

Welche Schlüsse ziehen Sie daraus?

FRANKE: Sehr bedenklich finde ich, dass die Firma Tennet das Projekt plant, baut und gleichzeitig betreibt und damit Geld verdient. Mindestens genauso problematisch ist die Planungsverkürzung nach dem Netzausbau-Beschleunigungsgesetz.

Weder die Kommunen noch die Träger öffentlicher Belange werden im Planungsverfahren frühzeitig beteiligt – stattdessen erst dann, wenn der Antrag längst vollständig vorliegt.

Wie schätzen Sie die Planungen ein?

FRANKE: Tennet hat ziemlich willkürliche Trassen-Vorschläge übernommen. Damit hat das Unternehmen nicht gerade Kompetenz bewiesen. Wenn es allerdings das Ziel war, eine ganze Region gegen sich aufzubringen, hat Tennet ganze Arbeit geleistet.

**Wo müsste denn nun ange-
setzt werden?**

FRANKE: Die Bundesnetzagentur hat Tennet aufgefordert, im Abwägungsverfahren nachzubessern. Und die Trassenführung durch den Schwalm-Eder-Kreis in unmittelbarer Nähe von Ortschaften kann man auch nur ablehnen. Es gäbe viel bessere Trassen, beispielsweise entlang der früheren innerdeutschen Grenze.

Sie stehen also dazu, dass es eine Stromtrasse geben muss?

FRANKE: Wenn wir es ernst meinen mit der Energiewende, wenn wir Atomkraftwerke und alte Kohlekraftwerke abschalten wollen, brauchen wir ein anderes Stromnetz und einen Leitungsausbau.

Und wie stellen Sie sich das vor?

FRANKE: Die Frage ist, ob wir eine Leitung in dieser Dimension brauchen und ob eine Gleichstromtrasse nötig ist.

Das heißt, es ginge auch eine Nummer kleiner?

FRANKE: Das sollte man tatsächlich prüfen. Auf jeden Fall muss es in möglichst vielen Bereichen eine Erdverkabelung geben. Es kann auch nicht sein, dass in Niedersachsen ein Abstand zur Trasse von mindestens 400 Metern vorgeschrieben ist, für Hessen aber nicht.

Woran liegt es?

FRANKE: Es gab im hessischen Landtag Anträge dazu. Die sind aber von der schwarz-grünen Mehrheit in Wiesbaden nicht aufgegriffen worden.

Manche bezweifeln ja, dass man überhaupt eine Trasse braucht und wollen eine dezentrale Versorgung. Was hal-

ten Sie davon?

FRANKE: Das wird kurzfristig nicht funktionieren. Wenn man als Industriegesellschaft auf dezentrale Strukturen setzt, muss man sie zumindest durch ein Stromnetz zusammenführen.

Angela Merkel hat nach Fukushima aus politischen opportunistischen Gründen den Zeitplan für die Energiewende noch einmal über den Haufen geworfen. Vieles geht jetzt zu schnell. Deshalb ist das Chaos entstanden.

Was haben die Proteste bisher gebracht?

FRANKE: Zum Beispiel ist jetzt gesetzlich geregelt worden, dass es mehr Erdverkabelungen geben kann. Das ist auf Druck der Initiativen zurückzuführen.

Unter anderem ist jetzt auch deutlich geworden, dass es rechtlich sehr problematisch ist, vorläufige Enteignungen schon vor dem Planfeststellungsverfahren vorzunehmen.

Sehen Sie auch gesundheitliche Risiken durch die Gleichstromtrasse?

FRANKE: Bei Gleichstrom kommt es zu einer Ionisierung von Luftpartikeln. Welche gesundheitlichen Auswirkungen sich daraus ergeben, ist wissenschaftlich noch nicht geklärt.

Wie ist der derzeitige Verfahrensstand?

FRANKE: Die Bundesnetzagentur hat ja entschieden, dass der von Tennet eingereichte Antrag unvollständig ist. Die betroffenen Kommunen und Landkreise werden rechtlich alles unternehmen, um die Beteiligungsrechte ein-

zufordern. Auch unser Landkreis wird klagen.

Gibt es in Berlin genügend Unterstützer für ihre Position?

FRANKE: Es gibt sogar eine fraktionsübergreifende Arbeitsgruppe von etwa 30 Bundestagsabgeordneten, die sich regelmäßig trifft. Es ist also nicht so, dass wir gar nichts machen. Unter anderem haben wir erreicht, dass die Erdverkabelung nun leichter möglich ist.

Wann, glauben Sie, wird die Trasse gebaut?

FRANKE: Das lässt sich schwer einschätzen. Ich gehe aber davon aus, dass sich die Planung in ihrer derzeitigen Form gegen den starken regionalen Widerstand nicht durchsetzen lässt. Wenn das „Wie“ der Energiewende so schlecht gemacht ist, muss man sich nicht wundern, dass das „Ob“ in Frage gestellt wird.

Zur Person

Dr. Edgar Franke wurde 1960 als Sohn des Landrats und Landtagsabgeordneten August Franke ge-



Dr. Edgar Franke

boren. Er wuchs in Haldorf auf, studierte Politik- und Rechtswissenschaft und promovierte im Kommunalrecht. Dr. Edgar Franke war Rektor und Professor an der Hochschule der gesetzlichen Unfallversicherung in Bad Hersfeld und von 1999 bis 2009 Bürgermeister von Gudensberg, wo er mit seiner Frau und den beiden Töchtern lebt. Seit dem Jahr 2009 gehört Franke für die SPD dem Bundestag an. (hro)